



## Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Donnerstag, 16.05.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1                      Projekt Kita goes digital - Verstetigung  
- mündlicher Bericht

---

#### **Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gibt eine kurze Einleitung zu Tagesordnungspunkt 1. Wichtig sei Digitalisierung mit Augenmaß zu betreiben und Mehrwerte in der pädagogischen Arbeit zu schaffen.

Anschließend wird ein Film der verschiedenen Projektbereiche gezeigt, der in Zusammenarbeit mit dem Städtetag zu dem Thema entstanden sei.

Eine **Mitarbeiterin** aus dem Fachbereich Bildung und Familie geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Es solle dort digitalisiert werden, wo es Sinn mache. Das Elternportal erleichtere die Anmeldung für einen Kitaplatz und die Eltern-App KIKOM führe zu einer schnelleren Kommunikation und mehr Transparenz in der Zusammenarbeit zwischen pädagogischen Fachkräften und den Eltern. Medienpädagogik habe das Ziel Kinder in Ihrer Medienkompetenz zu stärken, sie bei der Medienerfahrung zu begleiten, zu fördern und Familien bei einer gesunden und sinnvollen Mediennutzung zu unterstützen. Das Motto sei „Gestalten statt konsumieren“, Medien werden als Werkzeuge genutzt, durch einen alternativen und ausgleichenden Zugang. Die Kinder lernen Medien zu durchschauen, zu hinterfragen und kritisch zu betrachten.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt, ob sich alle Kindergärten beteiligen würden und ob das Elternportal auch anderen Kindergärten angeboten werden könne, um eine Einheit zu schaffen. Das Elternportal sei eine große Erleichterung. Die Einführung für die jungen Kinder werde kritisch gesehen, aber sie vertraue den pädagogischen Fachkräften. Die Nutzung müsse begrenzt und sinnvoll sein.

Stadträtin **Dr. Traub** betont, dass die richtige Balance für die Kinder entscheidend sei. Ein freies kindliches Spiel sei für die gesunde Entwicklung sehr wichtig, wie auch die Kooperation mit den Eltern und der Überblick über die digitale Zeit.

Stadträtin **Moersch** bestätigt den mittlerweile hohen Medienkonsum. Sie halte das freie Spiel für unabdingbar und essenziell. Eine kritische Betrachtung sei erforderlich. Für die Persönlichkeitsbildung sei der direkte Kontakt und das gemeinsame Spiel extrem wichtig. Erzieherinnen müssen gut geschult und die Eltern in die Pflicht genommen werden.

Stadträtin **Metzger** verdeutlicht, dass nicht die Spielzeit oder die Zeit im Garten ersetzt werden solle, sondern es sich um eine Ergänzung handle. „Digitale Medien“ sei Bildung und Kitas seien Bildungseinrichtungen und nicht nur Betreuungseinrichtungen. Digitale Medien seien nicht mit Digitalisierung zu verwechseln. Digitalisierung seien Abläufe und Workflows, welche durch die App wesentlich vereinfacht worden seien, wie z.B. das Krankmelden eines Kindes.

EBMin **Schmetz** bestätigt, dass es nicht darum gehe, die Kinder vor die Bildschirme zu setzen, sondern Alternativen aufzuzeigen, was man mit diesem Instrument machen könne. Das Digitalisierungsthema sei nur ein Thema, kein Schwerpunkt und richte sich an verschiedene Ebenen. An die Mitarbeitenden, die Verwaltungsprozesse, die optimiert werden, die Elternschaft und an die Erfahrungsräume, die Kinder mit Medien machen. Das iPad werde nicht mit Kindern unter 3 Jahren verwendet und nur in der Gruppe zusammen mit Erwachsenen/Heranwachsenden benutzt. Von den sechs Bildungsfeldern in der Kita, sei das iPad nur ein Element eines Bildungsfeldes.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** erkundigt sich, ob es sich um ein rein städtisches Programm handle.

EBMin **Schmetz** erläutert, dass Ludwigsburg als Vorreiterkommune und Träger für die städtischen Einrichtungen begonnen habe.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie erklärt, dass der Kauf der iPads über ein einmaliges vom Land finanziertes Projekt gelaufen sei. Man versuche derzeit die Kita Verwaltungs-Software neu aufzubauen und dann allen Trägern zur Verfügung zu stellen. Die KIKOM App sei frei zugänglich und werde auch von anderen Trägern getestet. Die Kirchen haben eigene Kommunikationsmittel. Die Stadt unterstütze die Einführung weiterer Apps und Kommunikationsmöglichkeiten.

EBMin **Schmetz** ergänzt, dass man im fachlichen Austausch zwischen den Trägern sei.

Stadträtin **Dr. Traub** schlägt vor, die Kindergärten ohne iPads als Kontrollgruppe zu verwenden.

EBMin **Schmetz** bezweifelt, dass eine Einrichtung ohne digitale Elemente arbeite. Die Vergleichbarkeit könne nicht hergestellt werden, da kein Einblick in das Elternhaus bestehe.

---

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Aufnahme in die kommunale Bedarfsplanung des Trägers Freiluftkindergarten Steinbolde gUG mit 1 Naturgruppe für bis zu 20 Kinder im Alter von 3-6 Jahren und einer Betreuungszeit von 6 Stunden wird zugestimmt.
2. Zur Deckung der laufenden Betriebskosten erhält der Träger Freiluftkindergarten Steinbolde gUG eine Betriebskostenförderung entsprechend der aktuellen Förderrichtlinien der Stadt Ludwigsburg, in Form eines Förderbescheids. Die Förderhöhe, bei einer Inbetriebnahme ab April 2025, liegt im Jahr 2025 bei bis zu 120.000 Euro. Der Förderbescheid gilt längstens bis zum Abschluss der Vertragsverhandlungen zum neuen Kindergartenvertrag.
3. Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2025 erhält der Träger eine Investitionskostenzuschuss in Höhe von 80% der nachgewiesenen Kosten, maximal 80.500 Euro.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Es fehlen: Stadtrat Dengel  
Stadtrat Heer

**Beratungsverlauf:**

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht anhand einer Bilderpräsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein und stellt das Konzept vor.

EBMin **Schmetz** ergänzt, dass der Träger sich und die Konzeption zu einem späteren Zeitpunkt nochmal vorstellen werde.

Stadtrat **Prof. Vierling** würde empfehlen den Kitaplatzmangel mit Jurten in Naturkitas zu bekämpfen, nachdem dafür auch Fachkräfte vorhanden seien. Er erkundigt sich nach der Seriosität und Zuverlässigkeit des neuen Leistungsträgers und ob ausreichend Nachfrage der Eltern bestünde. Die Karlshöhe als Kooperationspartner sei ideal, wie auch der sich anschließende Salonwald.

Stadträtin **Dr. Traub** freut sich über die Nähe zur Natur und den Fokus auf das freie Spiel. Die Vorteile würden überwiegen. Viele Familien hätten wenig Zeit mit den Kindern rauszugehen und freuen sich, wenn in der Kita schon viel geleistet werde.

Der Lärm und Stress werde durch die offenen Strecken reduziert. Der generationsübergreifende Kontakt zu den Senioren der Karlshöhe und der Inklusionsgedanke seien wichtig.

Stadträtin **Moersch** bestätigt die Nachfrage von Eltern und Erzieher\*innen nach einem Naturkindergarten. Mehr Grundstücke für Naturkitas sollten gesucht werden. Die Nähe zur Karlshöhe und des Salonwaldes seien ansprechend.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** schätze und unterstütze das interessante Angebot. Für die Stadt seien dies günstige Konditionen, um schnell Plätze zu schaffen. Die Nähe zur Karlshöhe sei besonders attraktiv.

EBMin **Schmetz** befürwortet das naturpädagogische Konzept der Naturgruppen und Waldkindergärten. Die Naturgruppen seien nicht das Allheilmittel für alles, das Wahlrecht der Eltern müsse weiter im Blick behalten werden. In der Fachkraft Schaft haben sich die naturpädagogischen Ansätze etabliert. Je stärker das Profil der Einrichtung sei, desto stärker auch die Anreize für Erzieher, die sich auf dieses spezialisiert haben.

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie bestätigt, dass die Zuverlässigkeit und die Finanzkraft des Trägers geprüft worden sei. Jeder Träger müsse sich die Genehmigung vom KVJS einholen. Die Marktanalyse und Nachfrage wurden betrachtet. Auch bei den Fachkräften und Kindern sei die Nachfrage nicht gestillt. Das stark einschränkende Kriterium sei der Platz, die Stadt sei permanent auf der Suche nach weiteren Flächen.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Antrag 016/24 wird abgelehnt. Die Vergünstigungen der Ludwigsburg Card beim BlüBa werden nicht ausgebaut.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Es fehlen: Stadtrat Dengel  
Stadtrat Heer

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** gibt bekannt, dass heute ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingegangen sei. (Vorl.Nr. 133/24)

Der **Leiter** des Fachbereiches für Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport erläutert die Beschlussvorlage (117/24) und das Gutscheinheft zur Ludwigsburg Card. Die Ludwigsburg Card können alle Menschen bekommen, die in Ludwigsburg leben, Transferleistungen bzw. Sozialleistungen beziehen oder unter den festgelegten Einkommensgrenzen liegen. Die Einkommensgrenze für einen 2-Personen-Haushalt lag im Jahr 2019 bei 2.500 € Bruttoeinkommen, ab 2024 liege die Grenze bei 3.206 € Bruttoeinkommen. Für einen 4-Personen-Haushalt lag die Grenze bei 3.400 € und liege nun ab 2024 bei einem Bruttoeinkommen von 5.372 €.

Der Fachbereichsleiter gibt bekannt, dass der Wechsel von Hartz IV in Bürgergeld folgende Änderung ergeben habe. Im Jahr 2022 wurde an 1.500 Menschen die Ludwigsburg Card ausgegeben und 2023 an 2.000 Personen, demnach an ein Drittel mehr Menschen. Das Gutscheinheft habe einen Wert von ungefähr 4.400 € inklusive des Balkonkraftwerkes.

EBMin **Schmetz** schlägt vor, den Änderungsantrag mitzubehandeln und bittet den Antragsteller den Änderungsantrag vorzustellen.

Stadtrat **Prof. Vierling** führt aus, dass der Bildungs- und Sozialausschuss keinen Preis der Eintrittskarten für das BlüBa beschließen könne und deshalb der Antrag gestellt wurde. Die Vertreter\*innen der Stadt Ludwigsburg sollen sich im Aufsichtsrat des BlüBa dafür einsetzen, dass Ludwigsburg Card Inhaber\*innen keinen Eintritt im BlüBa bezahlen müssen. Grundsätzlich sei das aktuelle Preisniveau nachvollziehbar. Die Ludwigsburg Card werde von ca. 5% der Bevölkerung in Anspruch genommen. Kritisiert wurde, dass die Zuzahlung zu den Dauerkarten mit 7 € bzw. 4 € im Gutscheinheft nicht ersichtlich sei und besser beworben werden sollte. Aus Sicht der Fraktion gehöre die Dauerkarte zum Grundbedarf und solle für ärmere Familien mit Kindern ohne Zuzahlung inbegriffen sein. Zu den Schlossfestspielen oder bei dem städtischen Kulturprogramm würden Ludwigsburg Card Inhaber in jede Vorstellung gratis reinkommen. Die 10.000 €, die die Stadt dem BlüBa bezahle, würden

entfallen. Die zusätzlichen Besucher würden dem BlüBa keine weiteren Kosten bereiten.

EBMin **Schmetz** erläutert den Bezug der Stadt zu dieser eigenständigen Gesellschaftsform, welche ihre Finanzierung im Blick behalten müsse. Die Stadt sei verpflichtet Leistungen, die entgegengenommen werden zu bezahlen, wie bei der WBL, der SWLB oder Rabattierungen. Das Schema sei im Gutscheinheft auf Seite 5 erklärt, der Hinweis, den genauen Betrag der Zuzahlung ergänzen zu lassen, um eine Dauerkarte zu erhalten, werde mitgenommen. Die Nachfrage nach den Kulturprogrammen sei leider gering. Dagegen die Nachfrage nach dem BlüBa sehr häufig. Trotz Zuzahlung wurde die Dauerkarte für das BlüBa von 600 Personen gewählt.

Der Antrag sei inhaltlich abzulehnen, da die Vertreter im Aufsichtsrat nur vom Gemeinderat beauftragt werden können und nicht vom Bildungs- und Sozialausschuss. Dieses Gremium sei somit nicht zuständig. Inhaltlich habe EBMin Schmetz sich mit OBM Dr. Knecht abgestimmt und raten von einer Befürwortung ab, da die derzeitige Zuzahlung zumutbar sei. EBMin Schmetz eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** bestätigt, dass die Zuzahlung zur Dauerkarte transparenter dargestellt werden sollte. Seiner Kenntnis nach könne der Gemeinderat den OBM als Vertreter der Gesellschaft imperativ auffordern in eine bestimmte Richtung abzustimmen, jedoch nicht die anderen Aufsichtsratsmitglieder. Stadtrat Meyer erwähnt, dass auch Gelder über das Bildungs- und Teilhabepaket generiert werden können und auch ein fairer Umgang mit den Menschen, die über der Grenze zur Ludwigsburg Card liegen. Die Ludwigsburger Grünflächen bestünden nicht nur aus dem BlüBa. Es solle kein Überbietungswettbewerb im sozialen Bereich entstehen. Der Antrag der Grünen werde abgelehnt.

Stadträtin **Moersch** betont, dass Ludwigsburg eine soziale Stadt sei und sie halte die Zuzahlung zur BlüBa Dauerkarte für absolut vertretbar.

Auch Stadtrat **Prof. von Stackelberg** hält die Zuzahlung leistbar und fragt, ob eine Bündelung der Gutscheine in Werte eine Option wäre und die Berechtigten sich selbst aussuchen könnten, für was sie die Gutscheine einsetzen. Des Weiteren lese er, dass Ludwigsburg Card Inhaber nur eine Veranstaltung der Schlossfestspiele besuchen könnten und nicht alle Vorstellungen. Er halte die Ludwigsburg Card für ein gutes und faires Angebot. Die SPD habe einen Antrag gestellt, auf freien Durchgang durch den Südgarten des BlüBa, was als Teilhabe am Blühenden Barock der Ludwigsburger wünschenswert wäre. Man habe Vorteile durch das Blühende Barock, aber auch Nachteile, wie fehlende Parkplätze und Durchquerungsmöglichkeiten und eine längere Schließzeit.

Stadträtin **Schmidt** empfindet die Zuzahlung ebenfalls als machbar. Es sei wichtig, dass der Aufsichtsrat und die Mitglieder unabhängig sind und nicht von Weisungen von außen beeinflusst werden.

EBMin **Schmetz** werde die Idee mit dem Wertgutschein prüfen lassen. Zum Thema Werbung ergänzt sie, dass in Kindergärten und in der Schulkindbetreuung die Informationen zur Ludwigsburg Card gestreut werden. Regelmäßige Kampagnen würden viel Geld kosten.

Der **Fachbereichsleiter** ergänzt, dass 2022 die Ludwigsburg Card von 2.700 Menschen beansprucht wurde, im Jahr 2023 von 3.600 Menschen und für 2024 werden 4.500 erwartet. Für die Schlossfestspiele werde je eine Karte für alle Veranstaltungen angeboten.

Stadträtin **Dr. Traub** fragt, ob es auch Angebote für Senioren gäbe.

Der **Fachbereichsleiter** gibt an, dass die Ludwigsburg Card keine Familienkarte sei und durch alle Altersgruppen hinweg Bezieher\*innen gäbe, bei Bürgergeld gäbe es deutlich mehr.

EBMin **Schmetz** regt an, über das Seniorenbüro mehr zu informieren.

Stadtrat **Prof. Vierling** stellt klar, dass er den Antrag nicht für rechtlich unzulässig halte. Der Gemeinderat habe das Recht auf die Tätigkeit auf die in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder einzuwirken, da diese Gesellschaften in Privatrechtsform und Unternehmen geführt werden, um unsere städtische Zwecke zu erfüllen.

EBMin **Schmetz** stellt klar, dass der Antrag nicht rechtswidrig sei, sondern in ein anderes Gremium gehöre. Folgend lässt sie zuerst über den Änderungsantrag Vorl. Nr. 133/24 abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Es fehlen: Stadtrat Dengel  
Stadtrat Heer

Anschließend lässt EBMin **Schmetz** über den Beschlussvorschlag der Verwaltung (Vorl. Nr. 117/24) abstimmen.

Es findet keine Abstimmung statt.

**Beratungsverlauf:**

Siehe Beratungsverlauf zu Tagesordnungspunkt 3.

**Beschlussvorschlag:**

Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Monrepos e.V. erhält einen pauschalen Zuschuss für belegbare Miet- und Pachtkosten, die bei der Nutzung des Reitgeländes am Monrepos entstehen.

Dieser Zuschuss beträgt 50 % der nachgewiesenen Kosten und ist wie folgt gestaffelt und gedeckelt:

2025-2027: maximal 15.250 € p.a.  
2028-2030: maximal 17.850 € p.a.  
ab 2031: maximal 20.500 € p.a.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Es fehlen: Stadtrat Dengel  
Stadtrat Heer

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** erläutert den Tagesordnungspunkt und eröffnet die Aussprache nach einer kurzen Video-Präsentation über die Jugend-Vereinsarbeit. Im Reit- und Fahrverein seien ein Drittel der Mitglieder Kinder und Jugendliche.



Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** äußert, dass der Verein geschützt werden müsse und erkundigt sich, was mit den ausgedienten Schulpferden geschehe.

Stadtrat **Meyer** hebt hervor, dass die Fraktion sich Gedanken über die lange Bezuschussung (50% Zuschuss über 10 Jahre) gemacht habe, was laut Verwaltung in anderen Bereichen bei Mietzuschüssen praktiziert werde, wenn über eine längere Zeit Sicherheit benötigt werde. Der CDU sei das Ehrenamt, die Jugendarbeit und Vereinsunterstützung wichtig.

Stadträtin **Moersch** bemerkt, dass Reitbeteiligungen möglich seien, ohne im Besitz eines eigenen Pferdes zu sein. Das vielfältige Erleben und Lernen für einen jungen Menschen werde sehr begrüßt.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** sehe ein, dass hier eine fünfjährige Sicherheit gegeben werden müsse.

Stadträtin **Schmidt** erkundigt sich, ob das Arbeiten mit lebenden Tieren noch zeitgemäß wäre.

Der **Leiter** des Fachbereiches für Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport ergänzt, dass bereits ähnliche Pacht- und Mietzuschüsse gewährt wurden, wenn die Stadt die Sporträume nicht zur Verfügung stellen könne. Wie z.B. für die Tanzräume vom Tanzsportclub TSC Residenz bei einer Förderung von 60% im Jahr 2015. Im Bereich Schwimmen bleibe die Förderung im Konzern bei der SWLB und liege bei Kinder- und Jugendlichen bei 100% und bei Erwachsenen bei 80%. Bei den anderen beiden Reitvereinen in Ludwigsburg in Poppenweiler und Oßweil gehöre die Liegenschaft der Stadt und die Stadt verlange eine gemäßigte Pacht. Die Förderung erfolge über die Subvention des jährlichen Pachtzinses.

Der **Zweite Vorsitzende** des Reit- und Fahrvereines Ludwigsburg Monrepos e.V. informiert, dass ausgediente Schulpferde in guten Gnadenhöfen mit Übernahme der Kosten untergebracht werden. Das Voltigieren werde eher von kleineren, leichten Kindern betrieben mit geringer Gewichtseinwirkung auf den Pferderücken. Die Schulpferde werden als Herde gehalten. Seiner Meinung nach würden die Pferde die Reitstunden genießen, wie auch den engen Umgang mit den Kindern, da sie sich auch nicht wehren oder verweigern.

Stadträtin **Shoaleh** möchte bei aller Wertschätzung der Vorlage nicht zustimmen, bezüglich der Langfristigkeit der Förderung. Sie halte dies den anderen Vereinen gegenüber als nicht fair.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beratungsverlauf:**

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Vor fast zwei Jahren wurde das Areal erstmals mit einer Aktivität eröffnet, möglich wurde dies damals im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums der Wüstenrot Stiftung. In den Jahren 2022 und 2023 haben weitere kleine Projekte teilweise mit der Wüstenrot Stiftung stattgefunden. Die Kooperation ermögliche die Projekte in Zeiten knapper öffentlicher Kassen durchzuführen.

Durch die regelmäßigen Aktivitäten wurde ein sehr anhaltendes Interesse von Kultur- und Kreativschaffenden festgestellt, an dem Areal und seinem offenen Charakter. Da für kleinere Formationen und Einzelpersonen die Absicherung über deren Möglichkeiten gehe, habe die Stadt sich gemeinsam mit der Wüstenrot Stiftung entschlossen einen Rahmen zu setzen. Nach Performance und Kunst liege der Schwerpunkt auf Musik, Sounds und Klang. Die Wüstenrot Stiftung fördere das Projekt im fünfstelligen Bereich.

Stadtrat **Prof. Vierling** begrüßt das hervorragend konzipierte Ausprobieren auf dem Areal mit guten Kooperationspartnern. Er erkundigt sich, wie sich das Projekt auf den städtischen Haushalt auswirke.

Stadtrat **Meyer** stellt fest, dass viele froh seien, dass der Investorenwettbewerb nicht funktioniert habe. Er freue sich, dass weiterhin Ideen entwickelt werden können, ein Experimentierfeld für Kunst und Kultur. Das Bahnhofsareal sei ideal als Standort für einen Club, eine Eventlocation, einen Ort wo es auch laut sein dürfe.

Stadträtin **Moersch** sei von der Akustik fasziniert, von der magischen Industrielatmosphäre. Das Festival werde Wirkung und Anziehung entfalten, eine Möglichkeit für die Kunstszene sich zu präsentieren.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** wisse um das Vacuum für die Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren. Die Hilfe der Wüstenrot Stiftung sei wichtig, um im kulturellen Bereich neue Örtlichkeiten zu bespielen. Er hoffe auf eine große Strahlkraft in die Region.

Die **Fachbereichsleiterin** ergänzt, dass durch die ausgesprochen ambitionierte und verlässliche Zusammenarbeit mit der Wüstenrot Stiftung und deren Finanzierung das Projekt durchgeführt werden könne.

Stadträtin **Shoaleh** erkundigt sich, ob es im Bereich der Gastronomie Pläne gäbe.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur informiert, dass die Gastronomie über das Hi.Francky stattfinde und der Eintritt frei wäre.

EBMin **Schmetz** schließt die öffentliche Sitzung.